

ZWISCHEN PALAST NUTZUNG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 22.3.2005

Seit einigen Wochen ist die kulturelle Zwischennutzung des Palasts der Republik erneut von erheblichem öffentlichem Interesse. In einer aktuellen Stunde des Bundestags in der letzten Woche zu diesem Thema wurden sowohl Inhalte als auch die öffentliche Finanzierung der Palastbespielung angegriffen. Dabei ist die kulturelle Zwischennutzung im November 2001 von der durch die Bundesregierung eingesetzten Schlossplatzkommission einstimmig empfohlen worden.

Zielsetzung der Initiative ZWISCHENPALASTNUTZUNG und der Bespielung Volkspalast ist nicht, den Abriss des Palasts der Republik zu verhindern, sondern in zeitgemäßer, offener und allen zugänglicher Form Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Ortes in unterschiedlichen Formaten zu reflektieren und die Zeit bis zum Abriss dazu zu nutzen, alternative Bau- und Umgangsideen vor Ort zu diskutieren. Unser Ziel ist, Impulse für die zukünftigen Lösungen zu geben und die Parlamentsdebatte um eine öffentliche zu erweitern.

Das Projekt VOLKSPALAST als „ostalgtisch“ zu bezeichnen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Wir haben kein Interesse daran, die DDR zu verklären, - ebenso wenig die Ruine einer Architektur von zweifelhafter Qualität. Doch der Gedanke, die Geschichte des 20. Jahrhunderts durch beschönigte Bilder der Vormoderne verdrängen und kaschieren zu wollen, überzeugt uns nicht. Der Plan, in der jetzigen Zeit eine knappe Milliarde Euro für ein Stadtschloss auszugeben, für ein staatliches Symbol autokratischer Herrschaft, rechtfertigt eine öffentliche Debatte.

Der Palast der Republik fasziniert uns gerade im Zustand der Dekonstruktion als ein Ort, an dem wichtige Fragen noch einmal künstlerisch und diskursiv verhandelt werden können: Welche Funktion hatte der Ort in der Vergangenheit? Welche Möglichkeiten bieten Zwischennutzungen in Zeiten von Schrumpfenden Städten? Ist der Gedanke des identitätsstiftenden Großbaus im Zentrum heute noch zeitgemäß? Welche Fragen der Gegenwart wirft die Gebäuderuine auf?

Die aktuelle Debatte wird in einer Kalten-Krieg-Mentalität sowohl von den Schloss- als auch von den Palastbefürwortern geführt.

Von welchen Ängsten sind Bundestagsabgeordnete und Medien getrieben, die in der erfolgreichen Umsetzung der Empfehlung der Schlossplatzkommission nur einen Angriff auf ihre Beschlüsse sehen?

Dürfen Bundestagsbeschlüsse in einer Demokratie nicht kritisch kommentiert werden?

Wir überschätzen den Einfluss der Kunst auf die Politik in Deutschland nicht. Deshalb haben wir auch nicht fantasiert, den Abriss verhindern zu können, wohl aber seine Sinnhaftigkeit

zu hinterfragen und zu diskutieren, solange es keine tragfähigen und öffentlich vorgestellten Bebauungs- und Nutzungsideen gibt.

Wir kritisieren, dass die politische Kommission des Hauptstadtkulturfonds entschieden hat, dass es dieses Jahr keine Ausstellung zum Palast der Republik geben soll. Das einst von der Kulturstaatsministerin selbst angeregte Format einer Ausstellung wäre eine interessante und wichtige Möglichkeiten gewesen, die anderen stattfindenden, performativ ausgelegten Projekte durch eine andere Dimension zu ergänzen und zu erweitern.

Der Kommission lagen hierzu neben den Anträgen von DHM und Stadtmuseum ebenso ein Antrag von der künstlerischen Leitung VOLKSPALAST vor. Unser Konzept beabsichtigte, Rem Koolhaas/ AMO mit der Entwicklung der Ausstellungsinhalte zu beauftragen und dabei Fragen an Gegenwart und Zukunft, die dieser Ort aufwirft, zu stellen. Sowohl die Jury wie auch das von Kultursenator Flierl berufene Kuratorium schlugen vor, beide Ausstellungskonzepte zumindest teilweise zu fördern. Ebenso das Projekt des Stadtmuseums. Letztendlich sind all diese Vorschläge von der politischen Kommission unter der Leitung von Kulturstaatsministerin Weiss und Kultursenator Flierl abgelehnt worden. Damit hat nicht nur der Hauptstadtkulturfonds großen Schaden genommen, sondern auch die konkrete kulturelle Arbeitsplanung.

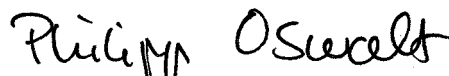
Es wäre dringend erforderlich, die kulturelle Arbeit gerade an einem solch öffentlichen Orte wie dem Palast der Republik von politischen Instrumentalisierungen, Einflussnahmen und Ideologisierungen zu befreien.

Es ist notwendig, die Debatte rational, unideologisch und mit Sachkenntnis zu führen, um zu einem sinnvollen Ergebnis zu kommen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.



Amelie Deuffhard



Philipp Oswalt